# Protokoll über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Mobilität

---

| | |
|---|---|
| Sitzungsdatum: | Mittwoch, den 02.09.2026 |
| Beginn: | 17:00 Uhr |
| Ende | 20:00 Uhr |
| Ort, Raum: | Bohmte, Bohmter Kotten, Schulstraße 12, 49163 Bohmte |

**Anwesend:**

*Vorsitzender*
Heinrich Ahlbrink

*Ausschussmitglieder*
Patrick Buchsbaum
Elisabeth Düvel
Ralf Kasper
Karl Koopmann
Waldemar Neumann
Anne Paul
Arnd Sehlmeyer
Dr. Joachim Solf

*beratende Mitglieder*
Martin Gramke
Johannes Knapp

*Von der Verwaltung*
Bürgermeister Markus Kleinkauertz
Imke Brockmann

*Gäste*
Stefan Buse

**Abwesend:**

**Tagesordnung:**

**Öffentlicher Teil**

| | |
|---|---|
| **1** | Eröffnung der Sitzung |
| **2** | Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit |
| **3** | Feststellung der Tagesordnung |
| **4** | Genehmigung des Protokolls vom 3. Juni 2026 |
| **5** | Einwohnerfragestunde I |

**6** Sachstand kommunale Wärmeplanung
Vorlage: IV/186/2026

**7** Klima Cubus auf dem Bahnhofsvorplatz
Vorlage: BV/180/2026

**8** Errichtung einer Fahrradstraße
Vorlage: BV/183/2026

**9** Umgestaltung des Parkplatzes in Hunteburg
Vorlage: IV/185/2026

**10** Förderantrag ländlicher Wegebau
Vorlage: IV/184/2026

**11** Information Tourismus und Veranstaltungen
Vorlage: IV/003/2026

**12** Bericht der Verwaltung

**13** Anträge und Anfragen

**14** Einwohnerfragestunde II

## Öffentlicher Teil

### zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Heinrich Ahlbrink eröffnet die Sitzung und begrüßt alle anwesenden Ausschussmitglieder.

### zu 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende Heinrich Ahlbrink stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

### zu 3 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung mit den Tagesordnungspunkten 1 – 14 wird festgestellt. Heinrich Ahlbrink unterbreitet den Änderungsvorschlag den Tagesordnungspunkt „Errichtung einer Fahrradstraße“ vorzuziehen. Dem wird stattgegeben.

### zu 4 Genehmigung des Protokolls vom 3. Juni 2026

Das Protokoll über die Sitzung vom 3. Juni 2026 wird genehmigt.

**Abstimmungsergebnis:**

| | |
|---|---|
| Ja: | 9 |
| Nein: | 0 |
| Enthaltung: | 0 |

### zu 5 Einwohnerfragestunde I

Heinrich Ahlbrink eröffnet die Einwohnerfragestunde.

Silvia Trentmann, Hinterfelde 18, erkundigt sich zu der geplanten Fahrradstraße und fragt, ob eine Bürgerbefragung stattgefunden habe. Markus Kleinkauertz erläutert, dass bereits 2023 ein Beschluss gefasst worden ist, die Umsetzung auf Grund des Fahrradmobilitätskonzeptes zunächst zurückgestellt wurde. Im Rahmen des Konzeptes habe ein Aufruf zur Bürgerbeteiligung stattgefunden, bei welchem diverse Anregungen und Vorschläge eingegangen sind.

Stefan Trentmann, Hinterfelde 18, fragt nach einer Begründung des Streckenverlaufes über die Straße „Hinterfelde“. Es handle sich weder um einen Schul- noch einen Kindergartenweg. Auch sei die Zahl der Fahrradfahrenden eher gering. Auch die Regelbreite der Fahrradstraße von vier Meter sei an einigen Stellen nicht gegeben. Auch erkundigt er sich, wer die Kosten für den Umbau tragen wird.
Markus Kleinkauertz führt an, dass die Anlieger nicht an den Kosten beteiligt werden. Auch in der Zukunft wird die Gemeinde hier die Kosten tragen.

Heinrich Ahlbrink schlägt vor, diese sehr konkreten Fragen im Zusammenhang mit dem folgenden Tagesordnungspunkt zur Fahrradstraße erneut aufzugreifen, da dort zunächst der Sachvortrag des Planungsbüros mit dem aktuellen Stand erfolgen solle und anschließend in der zweiten Einwohnerfragestunde weitere Fragen gestellt werden könnten.

**zu 6 Errichtung einer Fahrradstraße**
**Vorlage: BV/183/2026**

Stefan Buse, Projektmitarbeiter vom Planungsbüro Hahm stellt im Folgenden den geplanten Verlauf und die Gegebenheiten der Fahrradstraße vor. Die Trasse verlaufe von Süden an der Wehrendorfer Straße in Richtung Norden bis an die Leverner Straße und umfasse die Straßen Hauweg, Wiehagen und Hinterfelde. Die detaillierte Planung kann den Planungsunterlagen entnommen werden.

Joachim Solf hinterfragt, ob die vorgesehene zusätzliche Beschilderung mit dem Ziel einer schildarmen Gemeinde vereinbar sei und ob es zwingend erforderlich sei, die bisherigen Rechts-vor-links-Regelungen zugunsten einer Vorfahrtregelung aufzugeben. Stefan Buse entgegnet, eine Rechts-vor-links-Regelung sei in Fahrradstraßen grundsätzlich möglich. Für die Bevorrechtigung und die Hervorhebung der Fahrradstraße sei eine Vorfahrtregelung jedoch verkehrlich sinnvoll. Zudem würde auch eine Beibehaltung von rechts vor links die Beschilderung der Fahrradstraße nicht entbehrlich machen; vielmehr würden in Einmündungsbereichen eher zusätzliche Schilder benötigt. Die nun vorgesehene Lösung sei insoweit bereits ein Kompromiss und entspreche auch dem Anliegen des Landkreises.

Anne Paul spricht den Zustand der Einengungen an den alten Bäumen im „Hauweg“ an. Diese seien in einem schlechten Zustand; insbesondere mit Fahrradanhänger sei ein Passieren dort problematisch. Sie fragt, ob im Zuge der Maßnahme eine Instandsetzung vorgesehen sei. Stefan Buse antwortet, eine Instandsetzung dieser Elemente sei keine zwingende Voraussetzung für die Beschilderung der Fahrradstraße und daher nicht unmittelbarer Bestandteil der verkehrsrechtlichen Maßnahme.

Karl Koopmann fragt, weshalb bei schmaleren Abschnitten auf Markierungen verzichtet werde und ob nicht kleinere Schriften verwendet werden könnten, da die Fahrradstraße sonst weniger erkennbar sei. Stefan Buse erläutert, die Markierungen seien befahrbar und würden den Sicherheitsraum nicht zusätzlich einengen. Die Wahrnehmbarkeit werde durch Beschilderung und Piktogramme an den Einmündungen ausreichend sichergestellt. Über eine spätere Erneuerung oder zusätzliche Markierungen könne gegebenenfalls gesprochen werden.

Martin Gramke erkundigt sich, ob die optischen Einengungen auf der Fahrbahn lediglich Markierungen seien, da die betroffenen Straßen auch von Lkw und Zulieferverkehr genutzt würden und bauliche Einengungen problematisch wären. Stefan Buse bestätigt, es handele sich lediglich um Markierungen und Symbole auf der Fahrbahn; bauliche Veränderungen seien damit nicht verbunden.

Martin Gramke spricht die tatsächlichen Fahrbahnbreiten und die eingewachsenen Seitenränder insbesondere „Im Wiehagen“ an. Durch starken Bewuchs sei ein Begegnungsverkehr teilweise kaum möglich; bei Fahrzeugen mit bis zu drei Metern Breite könne der vorgeschriebene Seitenabstand zu Radfahrenden nicht eingehalten werden. Er fragt, ob die Gemeinde die Seitenräume wieder aufweiten werde. Stefan Buse verweist darauf, dass Rückschnittmaßnahmen und Unterhaltung des Straßenraums Angelegenheiten der Gemeinde seien. Heinrich Ahlbrink stellt klar, dass dies eine grundsätzliche Problematik der Straßenunterhaltung sei und nicht nur im Zusammenhang mit der Fahrradstraße stehe. Markus Kleinkauertz ergänzt, mit der Einführung der Fahrradstraße werde auf die Strecke ein besonderes Augenmerk gerichtet.

Martin Gramke fragt nach dem zeitlichen Rahmen und den Kriterien einer Erprobung der Fahrradstraße. Markus Kleinkauertz erklärt, eine konkrete Frist sei bislang nicht festgelegt. Zu beobachten seien unter anderem Verkehrsabläufe, mögliche Beschwerden aus der Be-

völkerung, neue Gefährdungspotenziale oder auch positive Effekte. Je nach Entwicklung könne man bewerten, ob Nachbesserungen erforderlich seien oder ob sich die Lösung bewährt habe. Im Bedarfsfall könne die Maßnahme auch verändert oder vollständig zurückgenommen werden. Es handele sich um einen lebendigen Prozess, der gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern ausgewertet werden solle. Als positive Aspekte nennt er unter anderem eine Verkehrsberuhigung, weniger konfliktreiche Überholvorgänge, eine Verlagerung von Durchgangsverkehr auf andere Strecken sowie eine Verbesserung der Situation für Anwohnerinnen und Anwohner, die bereits wiederholt über zu schnelles Fahren, Staubentwicklung und sonstige Belastungen geklagt hätten.

Karl Koopmann regt an, Erfahrungen anderer Kommunen im Landkreis heranzuziehen, da Fahrradstraßen dort bereits existierten und man aus deren Problemen und Lösungsansätzen lernen könne.

Martin Gramke fragt weiter, ob die Ausweisung als Fahrradstraße für seinen Betrieb und künftige betriebliche Genehmigungen rechtliche Nachteile habe. In der Vergangenheit sei für betriebliche Vorhaben ein Verkehrsgutachten verlangt worden. Er möchte wissen, ob die Straße künftig als verkehrsberuhigter Bereich angesehen werde und dadurch Entwicklungsmöglichkeiten seines Betriebes eingeschränkt würden. Stefan Buse erklärt, eine Fahrradstraße sei kein verkehrsberuhigter Bereich im Sinne eines Bereichs mit Schrittgeschwindigkeit. Es gelte eine Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h. Welche Anforderungen im Einzelfall bei Genehmigungsverfahren zu beachten seien, könne er nicht beurteilen; zuständige Genehmigungsbehörde sei der Landkreis Osnabrück. Auf die Bitte um eine schriftliche Bestätigung verweist er ebenfalls an den Landkreis.

Patrick Buchsbaum bittet darum, den Zustand der betroffenen Straßen vor einer Umsetzung noch einmal eingehend zu prüfen. Gerade einzelne Abschnitte, etwa in „Hinterfelde“, wiesen erhebliche Schäden auf. Markus Kleinkauertz verweist darauf, dass die Straße „Hinterfelde“ in jüngerer Zeit bereits erneuert und derzeit in einem vergleichsweisen guten Zustand sei. „Im Wiehagen“ bestehe dagegen Sanierungsbedarf. Dort sei eine Erneuerung grundsätzlich beabsichtigt, müsse jedoch im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten und der Prioritätensetzung erfolgen.

Heinrich Ahlbrink weist darauf hin, dass es sich bei dem folgenden Votum des Ausschusses lediglich um eine Beschlussempfehlung handele. Das Thema werde anschließend noch im Ortsrat und im Verwaltungsausschuss weiterberaten.

**Abstimmungsergebnis:**

Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Mobilität empfiehlt dem Verwaltungsausschuss zu beschließen, die Fahrradstraße auf der Grundlage des abgestimmten Planungskonzeptes umzusetzen.

| | |
|---|---|
| Ja: | 9 |
| Nein: | 0 |
| Enthaltung: | 0 |

**zu 7 Klima Cubus auf dem Bahnhofsvorplatz**
**Vorlage: BV/180/2026**

Markus Kleinkauertz führt an, dass der Impuls für das Vorhaben der Errichtung eines Klima Cubus auf dem Bahnhofsvorplatz auf ein Angebot eines Unternehmens aus der Gemeinde zurückgehe, dass eine entsprechende Anlage zur Verfügung stellen wolle. Hintergrund sei die Frage, wie auf einem zentral gelegenen, vollständig versiegelten Platz ohne vorhandenes Grünangebot in Zeiten anhaltender Sommerhitze ein Aufenthalts- und Schutzraum mit abgekühltem Mikroklima geschaffen werden könne. Herkömmliche Maßnahmen wie Entsiegelung und Baumpflanzungen stießen innerörtlich vielfach an Grenzen, da Leitungen, Verkehrsführungen und freizuhaltende Sichtachsen zu berücksichtigen seien. Der vorgestellte Ansatz beruhe deshalb auf einer mobilen Bauweise, die für die besonders heißen Sommermonate aufgebaut und im Herbst wieder abgebaut werden könne. Er verweist darauf, dass vergleichbare Überlegungen und Projekte bereits in Hameln und Osnabrück aufgegriffen worden seien.

Imke Brockmann führt aus, der Bahnhofsvorplatz sei als zentraler Ankunfts-, Umstiegs- und Aufenthaltsort in Bohmte als geeigneter Standort identifiziert worden. Mit dem Angebot der Firma Giering Gerüstbau bestehe die Möglichkeit, in der Gemeinde Bohmte ein Pilotprojekt umzusetzen, das den Menschen an heißen Tagen eine niedrigschwellige und öffentlich zugängliche Möglichkeit zur Abkühlung biete. Im Rahmen der Klimafolgenanpassung seien insbesondere auch vulnerable Gruppen stärker in den Blick zu nehmen. Nachfolgend wird der Klima Cubus anhand einer Präsentation vorgestellt. Diese ist in den Anlagen angefügt. Die Details können der Präsentation entnommen werden.

Martin Gramke fragt nach, ob es sich bei dem Pilotprojekt um ein kostenfreies Angebot handele. Imke Brockmann stellt hierzu klar, kostenfrei sei das Projekt nicht; es sei jedoch weitgehend kostenneutral angelegt, da die beteiligten Firmen und die Bepflanzung bereits Kostenanteile trügen. Für die Gemeinde sei eine Größenordnung von 1.000 bis 2.000 Euro pro Monat vorgesehen, was für die Sommermonate insgesamt 5.000 bis 10.000 Euro ergebe.

Joachim Solf erklärt, er sehe die Vorteile natürlicher Beschattung, insbesondere durch große Bäume wie Platanen, als wesentlich nachhaltiger an. Er halte eine große Gerüstkonstruktion auf dem Platz gestalterisch für problematisch. Er regt an, die bereits angestoßenen Begrünungsmaßnahmen, etwa für die Bremer Straße, auf den Bahnhofsvorplatz auszuweiten und dort im Randbereich Bepflanzungen vorzusehen, sodass Beschattung und Aufenthaltsqualität dauerhaft verbessert würden, ohne die Nutzbarkeit des Platzes etwa für Weihnachtsmarkt, Markt der Kulturen oder Konzerte aufzugeben. Die laufenden Mietkosten könnten dadurch vermieden werden.

Markus Kleinkauertz greift die Kostenfrage auf und erklärt, er sehe bezüglich der geschilderten Mietkosten Handlungsbedarf und wird in Verhandlungen gehe. Zugleich bekräftigt er die grundsätzliche Notwendigkeit zusätzlicher Begrünung in den Ortskernen. Er hält es für möglich, beides miteinander zu verbinden: einerseits langfristige Begrünung, andererseits eine mobile Zwischenlösung für die Jahre, in denen neu gepflanzte Bäume noch nicht die gewünschte Wirkung entfalten könnten, da die klimatischen Belastungen bereits jetzt bestünden.

Anne Paul weist darauf hin, dass bei den Verhandlungen die Nutzung des Bahnhofsvorplatzes für andere Veranstaltungen in den Sommermonaten von Beginn an berücksichtigt werden müsse.

Heinrich Ahlbrink fasst zusammen, dass es um ein gegenseitiges Geben und Nehmen geht. Die Gemeinde stellt kostenlos als Präsentationsbereich den Bahnhofsvorplatz zur Verfügung. Die beteiligten Unternehmen wollen ihr Produkt Klima Cubus dort präsentieren. Er

schlägt deshalb vor, den Beschluss dahingehend zu modifizieren, dass die Verwaltung beauftragt werde, mit dem Ziel einer einjährigen kostenlosen Probephase in Verhandlungen einzutreten. Wenn sich das Vorhaben nach einer sommerlichen Testphase bewähre und von der Bevölkerung angenommen werde, könne über eine Fortführung entschieden werden.

Markus Kleinkauertz erklärt, mit dem politischen Auftrag zur Nachverhandlung würde er an das Unternehmen herantreten. Als Zielsetzung wolle er eine kostenfreie Lösung mit in die Gespräche nehmen.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Mobilität empfiehlt dem Verwaltungsausschuss zu beschließen, eine Errichtung des Klima Cubus für die Sommermonate auf dem Bahnhofsvorplatz zu veranlassen. Die Verwaltung wird beauftragt mit der Firma Gering Gerüstbau hierzu Verhandlungen aufzunehmen über eine kostenlose Installation und Erprobung auf dem Bahnhofsvorplatz im nächsten Sommer und eine entsprechende Vereinbarung abzuschließen. Wenn sich das Vorhaben nach der sommerlichen Testphase bewährt und von der Bevölkerung angenommen wird, kann über eine Fortführung entschieden werden.

**Abstimmungsergebnis:**

| | |
|---|---|
| Ja: | 9 |
| Nein: | 0 |
| Enthaltung: | 0 |

**zu 8 Sachstand kommunale Wärmeplanung**
**Vorlage: IV/186/2026**

Heinrich Ahlbrink erläutert, dass die kommunale Wärmeplanung eine Aufgabe ist, die der Gemeinde von der Bundesebene übertragen worden sei. Es habe bereits einen Zwischenbericht im Ausschuss gegeben. Dabei seien verschiedene Korrekturbedarfe festgestellt worden. Die Verwaltung habe daraufhin in Nachbearbeitungen und Besprechungen einen aktualisierten Stand erreicht, der zu einem späteren Zeitpunkt auch der Öffentlichkeit präsentiert werden solle.

Imke Brockmann stellt auf Grundlage des erarbeiteten Konzeptes den Status Quo der kommunalen Wärmeplanung der Gemeinde Bohmte vor. Die Präsentation wird dem Protokoll angefügt. Sie verweist darauf, dass es bereits im Herbst 2025 eine Vorstellung für Bürgerinnen und Bürger gegeben habe, in der der damalige Stand, die Ausgangslage sowie erste Ergebnisse präsentiert worden seien. Die vorgestellten Inhalte dienten dazu, die neuesten Ausarbeitungen zusammenzufassen.

Markus Kleinkauertz ergänzt, die kommunale Wärmeplanung sei derzeit noch eine Pflichtaufgabe; für große Kommunen gelte dies ab 2026, für kleinere Kommunen ab 2028. Es steht jedoch im Raum dies auf Bundesebene zu novellieren, sodass die Pflichtaufgabe für kleinere Kommunen entfallen könne.
Er betont ferner, es sei zwingend notwendig, ältere Gebäude zu sanieren. Ziel könne nicht sein, lediglich möglichst günstige Wärme bereitzustellen, während weiterhin hohe Verluste entstünden. Er sieht weiterhin Chancen für kleinere Energie- oder Siedlungsgebiete, die mit Unterstützung der Gemeinde versorgt werden könnten. Zugleich stellt er klar, dass die Gemeinde Bohmte aus seiner Sicht nicht selbst zu einem Endkundenversorger werden kann und in ein entsprechendes Geschäftsfeld einsteigen sollte.

Joachim Solf fragt nach der künftigen Versorgung des in Planung befindlichen Bereichs Schwimmbad und Schulzentrum sowie danach, ob bei einem Ausstieg eines bisherigen Lieferanten eine massive Lücke entstehe oder bereits Ersatzlösungen bestünden.
Markus Kleinkauertz antwortet, dass die Gemeinde Bohmte und der Rat den Bebauungsplan für das Energieprojekt „Bohmte Nord“ nach Satzungsbeschluss positiv auf den Weg gebracht hätten. Der dortige Betreiber verkaufe an ein größeres Unternehmen; dies sei vom Satzungsbeschluss abhängig gewesen. Mit dem neuen Akteur befinde sich die Gemeinde im Gespräch und wolle sich erneut zusammensetzen. Dieser habe angekündigt, auch Biomethan produzieren zu wollen. Er wolle aus der Wärmeproduktion nicht vollständig aussteigen und könne sich vorstellen, in den bestehenden Vertrag einzutreten, damit das bestehende Wärmequartier weiterhin versorgt werde. Dabei seien die Konditionen neu zu verhandeln. Der bisherige Preisrahmen werde voraussichtlich nicht zu halten sein; dennoch zeigt er sich zuversichtlich, dass das Konstrukt fortgeführt werden könne.

Joachim Solf regt ergänzend an, im Bereich Bahnhofstraße wegen des dort hohen Wärmebedarfs auch gemeindliche Initiativen wie etwa Geothermie auf einem Parkplatz als zentrale Wärmequelle zu prüfen, um einen Vorreiteransatz zu entwickeln.

Markus Kleinkauertz entgegnet, je mehr Teilnehmer sich an einer solchen Lösung beteiligte, desto günstiger werde diese für alle. Bei einer sehr kleinen Zahl von Anschlussnehmern müssten die übrigen Kosten von wenigen getragen werden, was die Tragfähigkeit erschwere.

Heinrich Ahlbrink fragt zum weiteren Vorgehen, ob nach endgültiger Fertigstellung nochmals eine öffentliche Darstellung beziehungsweise Informationsveranstaltung für die Bürgerschaft vorgesehen sei.Markus Kleinkauertz bestätigt, dass nach Klärung der weiteren Entwicklungen erneut eingeladen werden solle.

## zu 9 Umgestaltung des Parkplatzes in Hunteburg Vorlage: IV/185/2026

Imke Brockmann erläutert, die Gemeinde beabsichtige, den Parkplatz am Hunteburger Sportplatz umzubauen. Ziel sei es, die Anlage funktional und gestalterisch weiterzuentwickeln und dabei zugleich praktische Anforderungen zu berücksichtigen. Weiter führt sie aus, dass das Vorhaben durch das ARL im Rahmen der Förderung mit 65 % bezuschusst werde; der Förderbescheid liege bereits vor. Zunächst gehe es um die Planungsleistungen, für die aufgrund der Ausschreibungspflicht ein Vergabeverfahren durchgeführt worden sei. Den Zuschlag habe das Büro Kortemeier und Brokmann erhalten, das in Kürze mit der konkreten Planung beginnen werde.

Sie führt weiter aus, Gegenstand der Planung sei es, die Anforderungen an eine zukünftige Lösung für den Parkplatz zu berücksichtigen und eine bedarfsgerechte sowie nachhaltige Nutzung des Standorts zu entwickeln. Dabei werde auch eine Beteiligung der Öffentlichkeit vorgesehen. Sobald erste Planungsstände vorlägen, solle eine Informationsveranstaltung für Anliegerinnen und Anlieger sowie für die Bürgerinnen und Bürger durchgeführt werden. In diesem Rahmen solle die Planung vorgestellt werden, damit sich die Öffentlichkeit über das Vorhaben informieren und zugleich Anregungen und Hinweise einbringen könne. Über den weiteren Planungs- und Abstimmungsstand werde zu gegebener Zeit erneut berichtet.

Elisabeth Düvel erklärt, sie begrüße, dass das Projekt nun vorankomme und der Planer beauftragt worden sei. Mit Blick auf Hunteburg bestehe ein hohes Interesse daran, wie sich das Vorhaben weiterentwickele.

Heinrich Ahlbrink betont, dass die weitere Ausgestaltung im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Anliegern erfolgen müsse.

Markus Kleinkauertz erklärt, es solle nicht allein zusätzliche Parkfläche geschaffen werden; zugleich seien angesichts zunehmend heißer Sommer gestalterische und funktionale Aspekte vorgesehen, etwa Möglichkeiten zur Regenwasserversickerung beziehungsweise -speicherung, damit Wasser aufgenommen und für Bewässerungszwecke genutzt werden könne. Ferner weist er darauf hin, dass auf dem Gelände ein 10-Meter-Grünstreifen festgesetzt sei, der nicht angetastet werde.

**zu 10 Förderantrag ländlicher Wegebau**
**Vorlage: IV/184/2026**

Heinrich Ahlbrink führt aus, dass Förderanträge zum ländlichen Wegebau in der Sommerpause entstanden sind, weil sich kurzfristig eine Fördermöglichkeit ergeben habe, die zudem stark befristet gewesen sei. Da eine vorherige Beratung nicht mehr möglich gewesen sei, habe die Verwaltung zügig reagiert und die erforderlichen Förderanträge erarbeitet. Betrachtet werden Straßenabschnitte „An den Königstannen“ in der Ortschaft Bohmte und „Oelinger Straße“ in der Ortschaft Herringhausen-Stirpe-Oeling.

Markus Kleinkauertz erläutert, es habe sich um eine kurzfristig nutzbare Fördermöglichkeit mit noch vorhandenen Restmitteln gehandelt, weshalb man schnell habe reagieren müssen. Ziel sei es insbesondere, für die Oelinger Straße Fördermittel zu erhalten, um dort endlich eine Sanierung mit einer vernünftigen Fahrbahndecke vornehmen zu können.

Elisabeth Düvel erklärt, sie begrüße ausdrücklich, dass die vorhandenen Fördertöpfe genutzt würden. Zugleich weist sie darauf hin, dass ihr bei den vorgeschlagenen Maßnahmen ein Anteil für Hunteburg fehle.

Markus Kleinkauertz entgegnet, Hunteburg habe nicht berücksichtigt werden können, weil sich die Förderung ausschließlich auf Straßen- oder Wegesanierungen im Außenbereich beziehe, die nicht in einem Flurneuordnungsgebiet liegen dürften. Dies sei das maßgebliche Ausschlusskriterium gewesen. Die von Elisabeth Düvel angesprochenen Wege lägen jedoch im Flurneuordnungsgebiet und hätten deshalb nicht in den Antrag aufgenommen werden können. Man habe deshalb gezielt nach Straßen und Wegen suchen müssen, die diese Restriktion nicht aufwiesen.
Markus Kleinkauertz zeigt sich offen und schlägt vor, sich bei einer möglichen neuen Förderrunde gemeinsam mit dem Thema Flurneuordnung erneut zusammenzusetzen, um weitere Optionen für Hunteburg zu erörtern.

**zu 11 Information Tourismus und Veranstaltungen**
**Vorlage: IV/003/2026**

Imke Brockmann berichtet, seit dem 14. August unterstütze Frau Latus den Fachdienst sechs im Bereich Tourismus und Veranstaltungen.

Zudem finde im gesamten Monat September erneut die Schaufenstergalerie der Varus-Region statt, zu der alle Interessierten eingeladen seien. Die Veranstaltung werde in den fünf Gemeinden der Arbeitsregion durchgeführt; Künstlerinnen und Künstler könnten sich dort in ausgewiesenen örtlichen Geschäften präsentieren. Die offizielle Eröffnung habe am Vortag im Museumspark Kalkriese stattgefunden. Neu sei in diesem Jahr der Tag des offenen Ateliers am 20. September von 11:00 bis 18:00 Uhr. An diesem Tag öffneten die teilnehmenden

Künstlerinnen und Künstler ihre Ateliers, damit Besucherinnen und Besucher Einblicke in die Arbeiten und Werke vor Ort erhalten könnten.

Imke Brockmann führt weiter aus, dass am 6. September das diesjährige Erntefest in Herringhausen stattfindet. Das Fest beginnt um 10.30 Uhr mit einem ökumenischen Gottesdienst. Im Anschluss lohnt ein Besuch des Erntemarkts und der Cafeteria.

Ferner hätten sich im Bereich Social Media die Followerzahlen auf Instagram und Facebook positiv entwickelt. In den vergangenen 30 Tagen seien knapp 300 neue Followerinnen und Follower hinzugekommen, wobei der größte Zuwachs auf dem Instagram-Kanal verzeichnet worden sei.

Außerdem weist sie auf den norddeutschen Ponymarkt vom 9. bis 11. Oktober hin, bei dem die Tourismusgesellschaft Osnabrücker Land mit einem Stand vertreten sein werde; auch die Gemeinde werde sich dort präsentieren. Insgesamt stünden damit in den kommenden Wochen und Monaten zahlreiche Veranstaltungen an.

Markus Kleinkauertz ergänzt zum Bereich Social Media, seit einigen Monaten stehe eine App „Munipolis“ zur Verfügung. Diese sei bereits wiederholt über die Social-Media-Kanäle beworben worden, solle jedoch noch stärker bekannt gemacht werden. Es seien täglich aktuelle Informationen aus der Gemeinde abrufbar, etwa zu Straßensperrungen, Veranstaltungen und Wetterdaten. Darüber hinaus könnten Bürgerinnen und Bürger eigene Meldungen, beispielsweise zu einer defekten Laterne, mit Foto und kurzer Beschreibung übermitteln; diese gingen innerhalb kurzer Zeit bei der Gemeinde ein, und es erfolge eine entsprechende Rückmeldung.

## zu 12 Bericht der Verwaltung

### Energieberatung

Imke Brockmann berichtet, dass am 15.10.2026 erneut eine Energieberatung in Bohmte stattfinden wird. Nachdem die vorherige Beratung nach ihrer Darstellung innerhalb von drei Tagen vollständig ausgebucht gewesen sei und auch in Ostercappeln sowie Bad Essen sehr gute Rückmeldungen erzielt habe, solle das Angebot nun erneut beworben werden. Aus den Rückmeldungen einzelner Teilnehmender habe sich ergeben, dass die Beratung einen konkreten Mehrwert geboten habe, weshalb das Projekt aus ihrer Sicht weiterverfolgt werden solle.

### Straßenbegrünung

Imke Brockmann führt weiter aus, zum in der letzten Sitzung behandelten Thema der Straßenbegrünung sei der damals beschlossene Förderantrag inzwischen gestellt worden. Nun werde auf die Rückmeldung zum Förderfall gewartet, die in den kommenden Wochen erwartet werde.

### Trinkwasserspender

Imke Brockmann teilt ferner mit, zum Thema Trinkwasserspender liefen derzeit noch letzte Abstimmungen. Die Angelegenheit befinde sich in Bearbeitung und solle zeitnah finalisiert werden.

**Stadtradeln**

Imke Brockmann informiert außerdem über das Stadtradeln. Die Aktion sei erfolgreich durchgeführt worden. Die Preisverleihung finde am folgenden Tag im Rathaus der Gemeinde Bohmte statt. Dort würden Auszeichnungen für die besten Radlerinnen und Radler beziehungsweise für die meisten gesammelten Kilometer sowohl auf Vereinsebene als auch auf persönlicher Ebene vergeben. Teilnehmende seien eingeladen, an der Veranstaltung teilzunehmen.

**Straßen und Wege**

Markus Kleinkauertz berichtet, im Sommer sei in enger Zusammenarbeit mit dem Wasserverband eine Reihe von Maßnahmen umgesetzt worden. In der Ortschaft Hunteburg habe die Straßensanierung „An der Lammert“ erfolgreich abgeschlossen werden können; lediglich einige Restarbeiten seien noch auszuführen. Auch der Bereich Röteteich in Bohmte sei fertiggestellt worden, nachdem dort noch der Einmündungsbereich Eschstraße (Leverner Straße) mit entsprechender Auflastung habe ausgebildet werden müssen.

Markus Kleinkauertz erläutert weiter, am Röteteich habe mit einer Selbstkostenbeteiligung der dortigen Anwohner erstmals eine Straße mit entsprechender Entwässerung hergestellt werden können; auch diese Maßnahme sei inzwischen abgeschlossen. Ebenfalls fertiggestellt sei die Straße „Am Brink“ im Bereich der Astrid-Lindgren-Schule.

Markus Kleinkauertz kündigt an, noch im laufenden Jahr solle die Birkenstraße saniert werden. Ebenso sei die Sanierung der „Arenshorster Straße“ in der Ortschaft Herringhausen vorgesehen. Sofern die Witterung mitspiele, könne möglicherweise auch noch ab Mitte Oktober der „Bahnwinkel“ instandgesetzt werden.

Markus Kleinkauertz führt weiter aus, mit dem Land Niedersachsen fänden intensive Abstimmungsgespräche statt. In der ersten Jahreshälfte des kommenden Jahres solle nahezu zeitgleich die L 79 in der Ortschaft Hunteburg erneuert werden, und zwar ausgehend vom Kreisel bis zur Landesgrenze. In diesem Zusammenhang solle auch der Bereich beim St.-Agnes-Pflegezentrum so zurückgebaut werden, dass die dortige, seit Jahren bestehende Belastung der Anwohner beendet werde.

Markus Kleinkauertz berichtet ferner, auch in Bohmte solle die L 81 vollständig saniert werden, von der Osnabrücker Straße bis zur Landesgrenze.

**zu 13 Anträge und Anfragen**

Joachim Solf erkundigt sich nach dem Sachstand zu den Anträgen betreffend die Überwegung an der Leverner Straße.

Markus Kleinkauertz berichtet, man verfolge derzeit weiterhin das Ziel, an der Leverner Straße in Höhe des neuen Netto-Marktes eine Lichtsignalanlage einzurichten, damit ein sicheres Queren der Straße ermöglicht werde. Es sei aus seiner Sicht richtig gewesen, dieses Anliegen unmittelbar mit den Planungen zur Fahrradstraße sowie dem betroffenen Bereich zu verknüpfen. Nach derzeitigem Stand könne die Maßnahme möglicherweise im Zuge dieser Gesamtplanung umgesetzt werden. Wenn dort ohnehin bauliche Maßnahmen an der Straße vorgenommen würden, solle die Querungslösung nach Möglichkeit unmittelbar mit vorbereitet oder hergestellt werden. Insoweit äußert er sich relativ zuversichtlich.

Markus Kleinkauertz erklärt weiter, deutlich weniger zuversichtlich sei er hinsichtlich einer Änderung an der Wehrendorfer Straße. Er habe in zwei Terminen Gespräche mit dem Landkreis Osnabrück als Genehmigungsbehörde geführt. Ziel sei es gewesen, zumindest eine Harmonisierung der zulässigen Durchfahrtsgeschwindigkeiten zu erreichen. Der Landkreis habe die Situation nach eigener Darstellung geprüft und mitgeteilt, dass keine Änderungen vorgenommen würden. Auch sei der Landkreis nicht bereit, dort Geschwindigkeitsanalysen vorzunehmen oder planerisch in eine erweiterte Querungshilfe einzusteigen. Vor diesem Hintergrund regt er an, gegebenenfalls einen Ministertermin in Betracht zu ziehen, da das bisherige Vorgehen zu keiner Bewegung bei den zuständigen Stellen geführt habe. Er macht deutlich, dass ihn dieses Verhalten der Behörde nicht zufriedenstelle und hieraus inzwischen auch ein besonderer Nachdruck für das weitere Vorgehen entstanden sei.

Martin Gramke fragt nach, ob die in Aussicht genommene Maßnahme als Ampelanlage für Fußgänger zu verstehen sei.

Markus Kleinkauertz erläutert, es handele sich im Kern um den Wunsch eines großen Teils der Bevölkerung, insbesondere von Personen, die die Kita, die Polizei oder Einkaufsmöglichkeiten aufsuchten, die Straße dort zu Fuß sicher queren zu können. Als naheliegende Lösung komme aus dem bisherigen Verfahren eine Bedarfsampel in Betracht. Hinsichtlich des genauen Standorts müsse jedoch noch geprüft werden, wo diese angeordnet werden könne. Der aus verkehrlicher Sicht als ideal angesehene Punkt sei wegen privater Grundstückszufahrten rechtlich nicht umsetzbar. Deshalb bewege sich die Überlegung nun im Bereich zwischen der Einmündung „Eschstraße“ und der Ausfahrt des neuen Netto-Marktes, sodass ein kurzer seitlicher Versatz für querende Personen zumutbar erscheine, wenn dadurch eine sichere Querung ermöglicht werde.

Johannes Knapp weist auf die praktische Ausgestaltung für den Radverkehr hin. Es müsse im Detail vermieden werden, dass eine Lösung entstehe, bei der ein Ampeltaster ungünstig auf dem Gehweg angeordnet werde.

Markus Kleinkauertz nimmt diese Hinweise auf und erklärt, die konkrete Position eines eventuellen Ampeltasters könne er derzeit noch nicht benennen. Dieser Gesichtspunkt solle jedoch im weiteren Verfahren mit betrachtet werden.

Martin Gramke beantragt, nochmals prüfen zu lassen, ob die geplante Fahrradstraße genehmigungstechnische Auswirkungen auf einen von seiner Familie geführten Betrieb haben könne. Für den Fall, dass sich hieraus Restriktionen ergäben, solle geprüft werden, ob die Fahrradstraße erst hinter dem Betrieb beginnen könne.

Heinrich Ahlbrink stellt in Aussicht, dass ein entsprechender Prüfauftrag beantragt werden könne und dass dies auch im Protokoll festgehalten werde.

Elisabeth Düvel bringt eine weitere Anfrage aus Hunteburg vor. Dort befinde sich am Hunte-Frischemarkt ebenfalls eine Bedarfsampel. Sie trägt vor, die Grünphase für Fußgänger sei relativ kurz, sodass gehbeeinträchtigte Menschen die Straße in dieser Zeit nicht sicher überqueren könnten. Sie fragt daher, ob die Grünphase für den Fußgängerverkehr beziehungsweise die damit verbundene Rotphase für den Kraftfahrzeugverkehr verlängert werden könne.

Markus Kleinkauertz teilt hierzu mit, dieses Anliegen sei bereits bei der letzten Verkehrsschau vorgebracht worden. Der zuständige Straßenbaulastträger habe eine Änderung jedoch abgelehnt und zur Begründung darauf verwiesen, dass die Schaltzeiten vor einigen Jahren auf Antrag verkürzt worden seien, weil es andernfalls bei längeren Rotphasen zu einem Rückstau bis in den Kreisel gekommen sei.

## zu 14 Einwohnerfragestunde 2

Matthias Drees fragt mit Blick auf den Verlauf der vorgesehenen Fahrradstraße, inwieweit diese künftig ergänzt und zu einem späteren Zeitpunkt auch in Richtung Kindergärten und Grundschulen erweitert werden könne.
Stefan Buse erläutert hierzu, grundsätzlich könne eine Fahrradstraße über den aktuell vorgesehenen Abschnitt hinaus erweitert werden. Dies obliege jedoch allein der Gemeinde.
Heinrich Ahlbrink ergänzt, die angesprochene Erweiterung sei bereits Anlass für einen politischen Antrag gewesen, die Planung der Fahrradstraße um ein gesamthaftes Fahrradstraßensystem unter Einbeziehung von Kindergärten, Schulen und weiteren Anlaufpunkten zu ergänzen. Hiervon habe man im laufenden Verfahren Abstand genommen, weil eine Erweiterung des laufenden Auftrags zu erheblichen zeitlichen Verzögerungen geführt hätte. Die politischen Gremien hätten daher beschlossen, diesen weitergehenden Planungsansatz zunächst zurückzustellen und nach Abschluss sowie einer Erprobungs- und Evaluierungsphase des jetzt behandelten ersten Abschnitts erneut aufzugreifen. Dabei könnten dann auch weitere Anregungen aus der Bürgerschaft einbezogen werden.

Silvia Trentmann stellt die Frage, ob die Gemeinde öffentliche Stellplätze zur Verfügung stellen wolle, da Besucher, Kinder oder Gäste ansonsten kaum Parkmöglichkeiten hätten, ohne in Nebenstraßen oder auf Randbereichen den landwirtschaftlichen Verkehr zu beeinträchtigen. Sie stellt die Notwendigkeit eines Parkverbots angesichts aus ihrer Sicht geringer Radverkehrszahlen in Frage. Sie bittet darum, diese Regelung nochmals zu überdenken.

Stefan Buse entgegnet, für private Stellplatzbedarfe sei grundsätzlich auf den jeweiligen Grundstücken Vorsorge zu treffen. Die Gemeinde bzw. Verwaltung könne Parkflächen im öffentlichen Raum regulieren und gegebenenfalls auch bereitstellen, sofern hierfür ein entsprechender Bedarf bestehe. Stefan Buse erläutert, sollten offizielle Parkflächen eingerichtet werden, müssten diese baulich hergestellt werden. Soweit es sich um öffentlichen Raum handele, könnten entsprechende Stellplätze grundsätzlich angelegt werden.

Joachim Solf fragt daraufhin, was grundsätzlich dagegenspreche, auf das Parkverbot zu verzichten. Stefan Buse erklärt, gerade weil die Straße nicht besonders breit sei, werde der Radverkehr bei parkenden Fahrzeugen in die Seitenbereiche gedrängt. Dadurch gehe der Sinn der Fahrradstraße verloren.

Joachim Solf stellt die Breitenverhältnisse in Frage und verweist auf eine aus seiner Sicht erhebliche Breite von Fahrbahn und Bankett. Martin Gramke entgegnet, bei Begegnungsverkehr sei bereits heute ein Ausweichen auf Privatgrund erforderlich. Silvia Trentmann stützt dies ebenfalls. Martin Gramke führt weiter aus, insbesondere in Kurvenbereichen und im Bereich der Bushaltestelle seien die Verhältnisse eng; dort sei bereits bei einer Breite von höchstens etwa 3,50 Metern selbst eine Begegnung von Pkw kaum möglich.

Markus Kleinkauertz fasst zusammen, die aufgeworfene Frage, ob das Parkverbot in dem betreffenden Bereich tatsächlich erforderlich sei, werde die Gemeinde nochmals prüfen. Eine konkrete Ersatzparkplatzlösung sei derzeit jedoch nicht vorgesehen.

Dietmar Vogel fragt, ob der derzeitige Planungsstand zeitnah veröffentlicht werden könne, damit die Anlieger die Unterlagen zu Hause einsehen könnten. Ferner erkundigt er sich, inwieweit die Anlieger noch Einfluss auf die Planung, sowohl grundsätzlich als auch im Detail, nehmen könnten.

Markus Kleinkauertz antwortet, die Gemeinde wolle die Anregungen aus der Bürgerschaft ernsthaft in den weiteren Beratungsprozess einbeziehen. Sollten die Anregungen berücksichtigt und Bedenken ausgeräumt werden können, werde der Beschluss weiterverfolgt. Falls sich jedoch erhebliche Probleme abzeichneten, könne eine erneute Verschiebung er-

forderlich werden. Zugleich stellt er klar, dass die Einrichtung der Fahrradstraße als solche bereits seit längerer Zeit beschlossen sei und es nun um die konkrete Ausführungsplanung gehe. Eine Veröffentlichung eines noch ungenehmigten Vorentwurfs lehnt er ab.

Dietmar Vogel fragt ergänzend nach dem zeitlichen Rahmen bis zu einer baulichen Umsetzung. Markus Kleinkauertz führt aus, dass vor Abschluss der Endfassung und der Genehmigung durch den Landkreis als Straßenverkehrsbehörde könne nicht begonnen werden. Da sich die Umsetzung zudem in die Schlechtwetterphase verschieben würde, rechnet er mit einem realistischen Beginn nicht vor April des nächsten Jahres.

Heinrich Ahlbrink wirbt dafür, die Maßnahme umzusetzen und Erfahrungen zu sammeln. Die Thematik werde bereits seit langer Zeit beraten und seine Wahrnehmung sei, dass viele Anlieger den Schritt begrüßten, weil sie sich hiervon eine Verkehrsberuhigung, mehr Ruhe und mehr Sicherheit versprächen. Zwar seien unterschiedliche Interessen betroffen, etwa die Landwirtschaft, der Kfz-Verkehr und der Radverkehr, letztlich müsse man jedoch zu einem Miteinander kommen und die Regelung erproben. Deshalb solle man die Situation gemeinsam ausprobieren und anschließend anhand der gemachten Erfahrungen bewerten.

Dietmar Vogel entgegnet, in seiner Nachbarschaft habe nach seiner Kenntnis niemand den Beginn der Planung oder die späteren Entwicklungsschritte mitbekommen. Er äußert Unmut darüber, dass die direkten Anlieger aus seiner Sicht nicht frühzeitig informiert worden seien. Er könne nicht nachvollziehen, auf welche Anlieger oder Rückmeldungen sich die positive Einschätzung beziehe.

Heinrich Ahlbrink erwidert, über den langen Beratungszeitraum habe es mehrfach Beteiligungsmöglichkeiten, Veröffentlichungen und schriftliche Eingaben gegeben. Im Zusammenhang mit dem Radverkehrskonzept habe es nach seiner Erinnerung zahlreiche Anregungen gegeben. Gleichwohlbetont er, dass die Straße von allen Verkehrsteilnehmern weiterhin benutzt werden könne. Er sehe darin eine Chance, die Verkehrssituation zu entspannen.

Silvia Trentmann fragt, wie sich Fußgänger auf einer Fahrradstraße zu verhalten hätten und wie sich der Vorrang der Radfahrer auf den motorisierten Verkehr auswirken werde. Sie äußert die Befürchtung, als Anwohnerin auf der Straße künftig gegenüber dem Radverkehr erheblich zurückgesetzt zu werden. Außerdem bezweifelt sie die sachliche Rechtfertigung der Fahrradstraße, da die Strecke weder unmittelbar zu einer Grundschule noch zu einer weiterführenden Schule führe.

Heinrich Ahlbrink verweist darauf, dass genau diese Anbindung an Schulen und Kindergärten Anlass für den weitergehenden Antrag auf ein umfassenderes Fahrradstraßennetz gewesen sei. Er hätte eine stärkere Einbeziehung dieser Ziele persönlich ebenfalls begrüßt, dafür habe es jedoch bislang keine politische Mehrheit gegeben. Gleichwohl gehe es bei der Maßnahme um Vernetzung, auch in Richtung weiterer Bereiche wie „Im Wiehagen“ und „Hauweg“.
Zugleich verweist er darauf, dass die Straße Hinterfelde bislang auch als Abkürzung in Richtung Leverner Straße genutzt worden sei und dort vielfach zu schnell gefahren worden sei. Da eine dauerhafte Tempo-30-Regelung dort nicht möglich gewesen sei, könne eine Fahrradstraße mit einer zulässigen Geschwindigkeit bis 30 km/h eine dauerhafte Lösung für dieses Problem darstellen.

Dietmar Vogel hält dem entgegen, Geschwindigkeitsbegrenzungen ließen sich auch auf andere Weise erreichen. Er plädiert für eine Gleichbehandlung von Rad- und Kraftfahrzeugverkehr und erklärt, die Verkehrssituation in Hinterfelde sei aus seiner Sicht bislang kein gravierendes Problem.

Markus Kleinkauertz stellt klar, die rechtliche Grundlage der Maßnahme sei der Beschluss des Rates der Gemeinde Bohmte, der die Fahrradstraße vor drei Jahren beschlossen und vor einem halben Jahr nochmals bestätigt habe. Für die Verwaltung sei dies der verbindliche Auftrag zur Umsetzung. Zur Begründung der politischen Entscheidung führt er aus, dass man in Bohmte entlang der Bremer Straße und der dahin führenden Levener Straße ein Problem habe, weil zunehmend mehr Menschen mit dem Fahrrad, auch zum Bahnhof, fahren wollten, dort aber keine geeignete Radverkehrsanlage vorhanden sei. Die stark befahrene Bremer Straße solle daher durch eine alternative Führung entlastet werden, indem Radfahrer den Ortskern meiden könnten. Als weitere Argumente nennt er die Hoffnung, Durchgangsverkehr und überhöhte Geschwindigkeiten zu reduzieren sowie die Situation im Bereich Wiehagen zu beruhigen.

Silvia Trentmann fragt sodann konkret nach dem Verhältnis von Rad- und Fußverkehr auf einer Fahrradstraße und danach, ob Markierungen im Straßenraum vorgesehen seien, die den jeweiligen Bereichen zugewiesen würden.

Stefan Buse erläutert, soweit Gehwege vorhanden seien, müssten Fußgänger diese benutzen. Wo kein Gehweg vorhanden sei, hätten sie sich am Fahrbahnrand zu bewegen; dies gelte unabhängig davon, dass es sich um eine Fahrradstraße handele.

Markus Kleinkauertz führt an, dass eine Neuregelung helfen könne, Unklarheiten zu beseitigen. Heinrich Ahlbrink erklärt abschließend, in der Diskussion seien zahlreiche Probleme und Eventualitäten deutlich geworden. Diese könnten nicht abschließend in allen Einzelheiten erörtert werden. Da ein politischer Beschluss mit aus seiner Sicht nachvollziehbarer Begründung vorliege, werde man die Maßnahme erproben müssen. Einzelne Details könnten gegebenenfalls noch nachgebessert werden, auch im Ortsrat.

| | | |
|---|---|---|
| Heinrich Ahlbrink<br>Vorsitzender | Markus Kleinkauertz<br>Bürgermeister | Imke Brockmann<br>Protokoll |